

Erklärung des Freundeskreises „Palast der Republik“ zum 35. Jahrestag der Schließung des Palastes am 19.09.1990

Der Palast der Republik wurde am 23. April 1976 eröffnet. 70 Millionen Besucher waren bis zu seiner Schließung am 19. September 1990 seine Gäste. Hier fanden hochrangige Veranstaltungen mit international bekannten Künstlern und Interpreten statt, ebenso internationale und nationale Kongresse, beispielsweise der Massenorganisationen der DDR. Die Tage der Volkskunst, das beliebte Kleine Kessel Buntes oder die Veranstaltung „Rock für den Frieden“ und viele andere Veranstaltungen sind noch heute bei den Besuchern in nachhaltiger Erinnerung.

Dieses Haus des Volkes war im wahrsten Sinne ein Kulturpalast und galt mit seinen vielfältigen Möglichkeiten als einzigartig in Europa. Wenige Wochen vor dem von den damaligen Volkskammerabgeordneten beschlossenen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland wurde dieser Kulturpalast geschlossen. Die sogenannte Asbestbelastung war das Argument für die Schließung. Die Volkskammerabgeordneten mussten in ein anderes Gebäude umziehen, dessen Asbestbelastung weder hinterfragt noch geprüft wurde. Sie waren damals mit dem sogenannten Einigungsvertrag beschäftigt.

Die Widersprüche zwischen Grundgesetz (Art. 14), Einigungsvertrag (Art. 35) und den Bundestagsbeschlüssen sind – was die nachfolgende Behandlung des Palastes durch den Bundestag und die verantwortlichen Politiker betrifft – auch im 35. Jahr der Übernahme der DDR durch die Bundesrepublik nicht zu übersehen.

So heißt es u. a.

- im Artikel 14.2 Grundgesetz:

**„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der
Allgemeinheit dienen.“**

Unsere Feststellung als Freundeskreis dazu:

Der Palast der Republik wurde per 3. Oktober 1990 Eigentum der Bundesrepublik Deutschland. Entgegen dem mehrheitlichen Willen der Bürger dieses Landes wurde dieses Eigentum unter hohen Kosten vernichtet, d. h. zum Zwecke der Delegitimierung der DDR entsorgt – ein grundgesetzwidriger Akt!

- im Artikel 35.2 Einigungsvertrag:

**„Die kulturelle Substanz in dem in Artikel 3 genannten Gebiet darf keinen
Schaden nehmen.“**

Unsere Feststellung als Freundeskreis dazu:

Der Palast der Republik gehörte ohne Zweifel zur kulturellen Substanz der Deutschen Demokratischen Republik, denn über neunzig Prozent aller Veranstaltungen waren Kulturveranstaltungen. Seine Vernichtung – entgegen dem mehrheitlichen Willen vornehmlich der ostdeutschen Bürger – ist ein Akt, der vom Freundeskreis als kulturpolitisches Verbrechen bundesrepublikanischer Politiker und ostdeutscher Bürger in damaliger politischer Verantwortung gewertet wird. Diese Feststellung gehört ebenfalls zu unserer Erinnerungskultur.

Desweiteren:

Die Schließung des Palastes der Republik auf dem damaligen Marx-Engels-Platz erfolgte sowohl für seine Besucher als auch für die Mitarbeiter des Palastes überraschend und unter dubiosen, bis heute nicht vollständig geklärten Umständen.

Grundlage für die Schließung war zu diesem Zeitpunkt das Argument der sogenannten Asbestbelastung und dessen Grundlage wiederum bildete ein damals unbestätigtes diesbezügliches Gutachten einer Westberliner Firma. Daher sind aus Sicht des Freundeskreises zur Frage der Asbestbelastung weitere Recherchen notwendig und beabsichtigt, auch im Vergleich zum mittlerweile denkmalgeschützten Internationalen Congress Centrum in Westberlin.

Am 19. Januar 2006 bekräftigte der Deutsche Bundestag durch die Ablehnung des Antrags der Fraktion *Die Linke*, den Abriss des Palastes zu stoppen, und die Ablehnung des von der Fraktion *Bündnis '90/Die Grünen* eingebrachten Antrags zum Abrissmoratorium erneut seinen Willen zur Vernichtung des Palastes der Republik. Die mehrjährige Bundestagsdebatte war letztlich eine Farce und diente vorrangig der Täuschung der Öffentlichkeit. Die Verträge mit den entsprechenden Abrissfirmen waren bereits Wochen vorher rechtskräftig von den zuständigen Behörden unterschrieben worden, was in der o. a. Debatte verschwiegen wurde.

Nur wenige Tage nach der Beschlussfassung vom 19. Januar 2006 begann der Abriss. In dieser Zeit haben viele Bürger dieses Areal gemieden, manche tun es bis heute. Wir als Freundeskreis jedoch nicht.

Wir haben dieses kulturpolitische Verbrechen recherchiert und dokumentiert – u. a. mit Tausenden von Fotos und Zeitzeugenaussagen in Bild und Ton. Die Abrissbefürworter mit Bundestagsmandat respektive in Regierungsverantwortung ignorierten in ihrer Arroganz erneut die Meinungen, Massenpetitionen und jahrelangen Proteste der Bevölkerungsmehrheit, die nachhaltig den Wunsch zum Palasterhalt artikulierte. Viele damalige und aktuelle Meinungsäußerungen, auch von international renommierten Fachleuten, wirken noch heute als schallende Ohrfeige für die Bundesregierung und diejenigen Bundestagsabgeordneten, die am 19. Januar 2006 für die Palastvernichtung stimmten.

So bleibt auch für die Gegenwart relevant:

- Weil dieser großartige Volks- und Kulturpalast unübersehbar ein von den DDR-Bürgern und deren Gästen aus aller Welt anerkanntes Symbol der DDR war, musste er beseitigt werden.
- Die „Asbestbelastung“ war als Schließungsgrund von Anfang an unglaubwürdig.
- Die politisch gewollte Palastvernichtung war, ist und bleibt ein kulturpolitisches Verbrechen. Daran sind neben anderen mehrere Bundeskanzler, Minister, Bundestagsabgeordnete ebenso beteiligt wie bestimmte Hauptstadtmedien. Zu diesem Vorwurf, mehrfach erhoben vom Freundeskreis, schweigen diese bis heute.
- Ehemalige „Bürgerrechtler“ der DDR versuchten und versuchen sich als besonders willige Helfer bei der Entsorgung von DDR-Geschichte.
- Am politischen Umgang auch mit dem Palast der Republik zeigt sich die Fassade einer bürgerlichen Demokratie, deren Fragwürdigkeit immer deutlicher zutage tritt.
- Der Abriss des Palastes der Republik wurde zum Symbol der Übernahme der DDR durch die Bundesrepublik, hier im Besonderen unter Missachtung ostdeutscher Leistungen der Künste.

Der Protest gegen die Palastvernichtung geht weiter. Davon zeugen die 30 Thesen des Freundeskreises „Palast der Republik“. Sie wurden anlässlich der XXV. Rosa-Luxemburg-Konferenz am 11. Januar 2020 erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt und beinhalten die grundsätzlichen Positionen des Freundeskreises „Palast der Republik“.

Für das künftige Wirken des Freundeskreises ergeben sich neue Schwerpunkte. Ein Meinungswandel ist mittlerweile bei vielen Politikern und Persönlichkeiten erkennbar, der den ursprünglich intendierten politischen Zweck der Palastvernichtung offenbart. Das Bestreben, die kulturellen Inhalte des Palastes der Republik durch Ausstellungen und andere Projekte wahrheitsgetreu darzustellen, bleibt bestehen.

Der im März 2007 ins Leben gerufene Freundeskreis „Palast der Republik“ vereint verantwortungsbewusste Bürger und prominente Persönlichkeiten aus ganz Deutschland. Sie werden durch eine wirksame Erinnerungspflege nicht zulassen, dass dieser Volks- und Kulturpalast aus der Erinnerungswelt der Bürger dieses Landes und kommender Generationen getilgt wird. Ein kulturpolitisches Verbrechen dieser Dimension und die Missachtung von Festlegungen im Einigungsvertrag kann auch im 35. Jahr der sogenannten Wiedervereinigung nicht hingenommen werden. Das öffentliche Anprangern hervorgehend aus der vollständigen Transparenz und Dokumentation aller Vorgänge zum Abriss des Palastes bleibt die Grundlage unseres Protestes.

Der Palast lebt – trotz alledem!
Dem Erbe verpflichtet – Erinnerung pflegen.
Die Wahrheit erkennen – Symbolik gestalten.
Gegen Geschichtsverfälschung!

Der Freundeskreis hat der Stiftung „Humboldt-Forum im Berliner Schloss“ und der Öffentlichkeit konkrete Vorschläge zur Erinnerung an den Palast der Republik im Humboldt-Forum unterbreitet. Er wurde in die Vorbereitung der Ausstellung „Hin und weg. Der Palast der Republik ist Gegenwart“ im Humboldt-Forum vom 15. Mai 2024 bis 16. Februar 2025 einbezogen. Damit wurde im 35. Jahr der Palastschließung eine wichtige Etappe genommen.

Es bleibt das erklärte Hauptziel des Freundeskreises, eine dem Palast der Republik würdige Erinnerungskultur im Humboldt-Forum (oder) auf dem Berliner Schlossplatz zu entwickeln und zwar in Form einer angemessenen Dauerausstellung, die mit der Stiftung „Humboldt-Forum im Berliner Schloss“ und ggf. anderen Partnern geschaffen wird. Eine solche Dauerausstellung wurde von vielen Besuchern der Ausstellung „Hin und weg. Der Palast der Republik ist Gegenwart“ im Gästebuch und von den Teilnehmern verschiedener Veranstaltungen im Rahmen dieser Ausstellung unmissverständlich und nachdrücklich gefordert.

Der 50. Jahrestag der Palasteröffnung im April 2026 ist der aktuelle Schwerpunkt des Freundeskreises und Thema der geplanten künftigen Wanderausstellung.

Weitergehende Vorschläge des Freundeskreises betreffen beispielsweise die originalgetreue Restaurierung der Gläsernen Blume und deren Aufstellung im Foyer des Humboldt-Forums, eine Galerie mit Palastgemälden, die Darstellung des Palastalltags, die Tagungen der Volkskammer und die Dokumentation typischer Kultur- und anderer Palastveranstaltungen. Sie sind seit Jahren Gegenstand von sachlich-konstruktiven Gesprächen mit Verantwortlichen der Stiftung „Humboldt-Forum im Berliner Schloss“. Diese Gespräche werden fortgesetzt und sind ein wichtiger Schritt zum Erreichen des Hauptziels, der Schaffung einer Dauerausstellung.

Wir rufen dazu auf, sich unserem Anliegen mit eigenen Aktivitäten anzuschließen oder im Rahmen des Freundeskreises mitzuwirken. Grundlage und Orientierung dafür sind die 30 Thesen des Freundeskreises.

Macht mit!

Freundeskreis „Palast der Republik“

Berlin, August 2025

Kontakt:

Rudolf Denner

Oelsnitzerstr. 9

12627 Berlin

Tel./Fax: 030/9 91 22 54

E-Mail: r.denner@gmx.de